Nacht-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 18. Juni	Nr. 794

Ungarische Auszeichnung für Dr. Schacht.

Budapest, 18. Juni. Im Laufe der dem zu Ehren des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vom Reichsverweser gegebenen Frühstück vorangegangenen Unterhaltung überreichte der Reichsverweser von Horty Dr. Schacht die Insignien des ungarischen Verdienstordens I. Klasse.

Die Bedeutung Deutschlands für die ungarische Wirtschaft.

Budapest, 18. Juni. Die gesamte ungarische Oeffentlichkeit steht am Freitag im Zeichen des Besuches des deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Sowohl die Regierungsblätter als auch die oppositionelle Presse widmen dem deutschen Gast spaltenlange Würdigungen, in denen immer wieder die Gesundung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Währung und das große wirtschaftliche Aufbauwerk des neuen Deutschlands sowie die maßgebende Beteiligung Schachts an dem deutschen Aufbauwerk dargelegt wird.

Das Regierungsblatt, der Budapester Hirlap, betont, daß für die ungarische Wirtschaft der ungestörte Waren- und Zahlungsverkehr mit dem Deutschen Reich von außerordentlicher Bedeutung sei. Der Besuch Dr. Schachts bezwecke, die bereits bestehenden Beziehungen Deutschlands zu den osteuropäischen Staaten weiter planmäßig auszubauen. Fast ein Viertel der gesamten ungarischen Ausfuhr gehe heute nach Deutschland.

In Dr. Schacht erblicke die gesamte öffentliche Weltmeinung den Mann, der bei der Lösung der schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Aufgaben Deutschlands die entscheidende Rolle spielte.

Eden vor dem Unterhaus.

London, 18. Juni. Das Unterhaus begann am Donnerstag die Aussprache über die Aufhebung der Sanktionen zur gewohnten Zeit mit dem üblichen Frage- und Antwortspiel. Das Haus war trotz der Wichtigkeit der zu erwartenden Ereignisse nur mäßig gefüllt. Die Galerien für die Diplomaten und das Publikum waren allerdings bis auf den letzten Platz besetzt.

Wenige Minuten vor 16 Uhr erhob sich Außenminister Eden unter ironischen Zurufen der Opposition: „Seht feil!“ und begann die angekündigte Erklärung über die Sühnemaßnahmen. Er erklärte zunächst, die Regierung heiße die Aussprache willkommen, da sie ihr Gelegenheit gebe, die Haltung der britischen Regierung zu einer Reihe von Fragen, denen sich der Völkerbund gegenüberstehe, klarzustellen. Einige dieser Fragen würde der Völkerbund bereits Ende dieses Monats erledigen haben. Er wolle mit damit beginnen, die Regierungspolitik in der Frage der Zukunft der Sanktionen in ihrem wahren Zusammenhang zu schildern.

Seit Beginn des italienisch-abessinischen Streites habe die Regierung bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt stets ihren vollen Anteil an der kollektivmaßnahme übernommen. Darüber könne es keinen Streit geben. (Beifall der Regierungsmehrheit und Niederrufe der Opposition). Man könne gewiß erklären, daß die kollektivhandlung grundlicher hätte sein können, aber niemand könne behaupten, daß die britische Regierung bei der bisherigen Handlung die für zukommende Rolle nicht voll gespielt habe. „Wir werden auch in Zukunft“, so erklärte Eden, „unsern vollen Anteil bei jeder Entscheidung übernehmen, die der Völkerbund auf der Vollversammlung Ende dieses Monats etwa treffen wird. Wir sind nicht der Völkerbund, wir sind nur ein Mitglied dieses Völkerbundes“. (Beifall.) „Wir werden voll und loyal im Einklang mit jedem Beschluß der Vollversammlung des Völkerbundes handeln. Es würde der Regierung offenstehen, dies und nicht mehr zu sagen, wenn wir nach Genf kommen. Die Regierung hat jedoch nicht nur die Pflicht, im Einklang mit dem Völkerbund zu handeln, sondern hat auch die Pflicht, zu führen. In diesem Streit hat diese Regierung oft die Führung ergriffen“.

Nunmehr, nachdem der Völkerbund in Verlegenheit sei, habe die Regierung die Pflicht, wieder die Führung zu ergreifen. Zweifellos würde es leichter für Großbritannien sein, dies jemand anderes zu überlassen. Er glaube aber, daß das nicht die rechte Haltung für Großbritannien sei. Welche Ansicht man auch immer über die vom Völkerbund zu treffenden Maßnahmen habe, in der einen Tatsache herrsche Uebereinstimmung: **Man müsse zugeben, daß der Zweck, zu dem die Sanktionen auferlegt worden seien, sich nicht verwirklicht habe** (lauter Beifall der Regierungsmehrheit und Gegenrufe der Opposition). Für den Völkerbund bestanden jedoch gute Gründe, die Sanktionen aufzuerlegen, und auch insbesondere die, von denen man angesichts der unvollständigen Mitgliedschaft des Völkerbundes hätte hoffen können, daß sie wirksam sein würden.

Zurufe eines Arbeiter-Abgeordneten: „Oel!“ beantwortet Eden mit: „Nein“.

Oel-Sanktionen hätte man durch eine Völkerbundsaktion allein nicht wirksam gestalten können. Man müsse der Tatsache ins Auge sehen, daß die Sühnemaßnahmen den Zweck nicht erreicht hätten, für den man sie auferlegt habe. Der italienische Feldzug habe hingegen Erfolg gehabt. Die Hauptstadt und der wichtigste Teil Abessiniens seien von Italienern militärisch besetzt, und soweit bekannt, sei keine abessinische Regierung in irgend einem Teil des Gebietes des Negus bestehen geblieben. Das sei eine Lage, die zu bedauern sei (Regierungsbeifall).

Eden fuhr dann fort: „Das ist eine Lage, die nicht anders als durch eine militärische Aktion von draußen möglicherweise geändert werden kann. Gibt es irgend ein Land, das bereit ist, eine solche militärische Aktion vorzunehmen? Oder ist ein Teil der öffentlichen Meinung dieses Landes bereit, eine solche militärische Handlung zu ergreifen?

Max Govern (linker Flügel der Arbeiterpartei) rief dar- auf: „Die Arbeiter-Partei!“ — Konservative Zurufe: „Antworten!“, worauf sich jedoch niemand von den Bänken der Opposition erhob. Nur einige Abgeordnete riefen: „Das werdet Ihr schon sehen!“

Eden fortfahrend: „Das sind die Tatsachen, denen sich kein Mitglied dieses Hauses entziehen kann, welches das Gesamtproblem würdigen will, dem sich die Regierung heute gegenüberstellt. Ich bin der Ansicht, daß diese Tatsachen, obwohl sie unwillkommen sind, uns zu einer endgültigen Schlußfolgerung bringen, daß wenn der Völkerbund das Ziel, das er ursprünglich erstrebte, erreichen will, der Völkerbund dann bereit sein muß, Maßnahmen zu treffen, die einen vollständig anderen Charakter haben, als die vordem angewandten. Es ist klar, daß der Völkerbund, wenn er die Absicht hat, in Abessinien einen Frieden zu erzwingen, den er von rechtswegen billigen kann, dann zu einer Handlung schreiten muß, die unvermeidlich zum Kriege im Mittelmeer führt. (Beifall der Regierungsmehrheit). Niemand wird aber sagen können, daß ein solcher Krieg auf das Mittelmeer beschränkt bleiben würde. Ich glaube kaum, daß der Völkerbund eine solche Entwicklung oder eine solche Handlung begünstigt. Ich glaube auch nicht, daß dieses Land, das bei einem solchen Krieg die größte Last zu tragen hätte, ihn seinerseits wünscht.“ (Beifall).

Eden wies dann darauf hin, daß es nicht zu bedauern sei, wenn der Völkerbund den Versuch unternommen habe, eine Verletzung der Völkerbundssatzungen zu verhindern. Die Regierung brauche sich in keiner Weise zu entschuldigen und brauche nichts zurückzunehmen. Nach Ansicht der britischen Regierung bestehe auch kein Anlaß, daß Urteil des Völkerbundes im letzten Herbst über den Angriffspakt abzuändern oder umzustoßen. Die Völkerbundsversammlung werde bei ihrem nächsten Zusammentritt die gesamte Lage zu überprüfen haben, bei der die Sanktionsfrage nur einen Teil darstelle.

„Die britische Regierung sei auf seinen Ratschlag, den er in seiner Eigenschaft als Außenminister gegeben habe, nach reifer Ueberlegung zu dem Schluß gekommen, daß sie keine Macht habe, noch länger diese Maßnahmen fortzusetzen, um einen Druck auf Italien auszuüben. (Zurufe: „Schande!“ bei der Opposition und Beifall der Regierungsanhänger). Die Gründe für diese Entscheidung beständen darin, daß nicht erwartet werden könne, daß die Fortführung der bestehenden Sanktionen die Lage Abessiniens wieder herstellen werde, die zerstört worden sei. Das erwarte niemand. Diese Position könne nur durch eine militärische Handlung wieder hergestellt werden. Soweit er wisse, sei keine andere Regierung und bestimmt nicht die britische Regierung bereit, eine solche militärische Aktion zu ergreifen. Die Sanktionen könne man nur für einen deutlich bestimmten Zweck aufrecht erhalten. Der einzig denkbare Zweck sei die Wiederherstellung der in Abessinien zerstörten Position. Da diese nur durch eine Kriegshandlung wieder hergestellt werden könne, sei er der Ansicht, daß der Zweck in der Tat nicht existiere. Die Aufrechterhaltung der Sanktionen würde daher nur das Ergebnis haben, daß die Sanktionsfront allmählich zusammenbrechen würde, so daß der Völkerbund innerhalb weniger Wochen sich einer Lage gegenüberstehen würde, die noch abträglicher sei als die, der er heute gegenüberstehe. (Beifall der Regierungsmehrheit und Zurufe der Opposition: „Wie wollen Sie das wissen?“)

Wenn die weitere Aufrechterhaltung der Sanktionen keinem weiteren nützlichen Zweck mehr diene, bestünde die Gefahr, daß die wohl geordnete Reihe der Sanktionsländer in Unordnung gebracht werde. (Gelächter der Opposition). Der Völkerbund habe alle Sanktionen, die diesen Zweck nicht erreicht hätten und dieser Tatsache ins Auge sehen. Das seien die Gründe, die zu der Entscheidung der Regierung geführt hätten. Er wiederhole jedoch, daß diese Entscheidung letztlich vom Völkerbund getroffen werden müsse, und daß die britische Regierung sich jeder Absicht anschließen werde, die von der Vollversammlung als Ergebnis beschlossen werde. Trotzdem habe die Regierung es für ihre Pflicht gehalten, ihre Stellungnahme im Voraus bekanntzugeben.

(Fortsetzung auf Morgen-Ausgabe Nr. 795.)

Aus dem französischen Senat.

Paris, 18. Juni. Mit 279 gegen 6 Stimmen hat der Senat am Donnerstag vormittag den Gesetzentwurf über die Einführung von Einheitsrahmenverträgen angenommen.

Vorher wurde ein Zusatzantrag des Senators Lémery mit 293 gegen 92 Stimmen abgelehnt; Senator Lémery wollte eine Bestimmung in den Vertrag aufgenommen wissen, die die Kündigung der Einheitsrahmenverträge und die Strafmaßnahmen im Falle eines Verstoßes gegen gültige Rahmenverträge regelt. Ministerpräsident Blum hielt diesen Zusatz für untunlich und sprach sich gegen seine Annahme aus.

Mit 201 gegen 86 Stimmen wurde ein Zusatzantrag abgelehnt, der die Kleinbetriebe mit weniger als zehn Arbeitern von dem Einheitsrahmenvertrag ausnehmen sollte. Auch hier sprach sich Ministerpräsident Leon Blum gegen die Annahme dieses Antrages aus.

Nach gegen Schluß der Vormittagssitzung begann der Senat die Aussprache über den Gesetzentwurf zur Einführung der 40-Stunden-Woche. Der Berichterstatter empfahl mit einigen Vorbehalten die Annahme des Entwurfes. Die Aussprache wurde am Nachmittag fortgesetzt.

Schwere Zusammenstöße in Marseille.

Paris, 18. Juni. In Marseille kam es am Mittwoch zu ernsten Zusammenstößen zwischen rechts- und linksgerichteten Gruppen. Polizei und Republikanische Garde mußten einschreiten und die Ordnung wiederherstellen. Etwa 30 Personen sind bei den Schlägereien verletzt worden.

Die Erregung war dadurch ausgelöst worden, daß der Präsident der Marseiller Handelskammer die Bevölkerung aufgefordert hatte, die Trikolore zu flaggen, damit in Beisein von Streikposten nicht nur die rote Flagge im Straßenbild erscheine. Dieser Aufforderung wurde weitestgehend Folge geleistet. Warenhäuser, Fabriken und Privathäuser setzten die Trikolore und an vielen Privatwagen sah man blauweiß-rote Wimpel. Auf den Straßen bildeten sich Umzüge rechtsgerichteter junger Leute, die kleine Trikoloren verteilten und die Marseillaise sangen. Verschiedentlich stießen sie mit Arbeiterumzügen zusammen, wobei es zu Schlägereien kam, sodaß die Polizei einschreiten mußte.

Auflösung der Kampfbünde in Frankreich beschlossen.

Paris, 18. Juni. Im Ministerrat am Donnerstag nachmittag wurden dem Präsidenten vom Innenminister die Verordnungen zur Unterschrift vorgelegt, die die Auflösung der im Gesetz vom 10. Januar vorgesehenen Kampfbünde und privaten Milizen vorsehen. Betroffen werden davon die Solidarité Française, die Francisten, die Feuerkreuzler und die Vaterländische Jugend.

Ferner billigte der Ministerpräsident die Gesetzentwürfe über die Organisierung des öffentlichen Rechnungswesens, die Strafverschärfung für verheimlichte Auslandsguthaben bei gleichzeitiger Amnestie unter bestimmten Voraussetzungen, über die Satzungsänderungen der Bank von Frankreich und über die Einrichtung eines Getreideamtes.

Weiter genehmigte der Ministerrat verschiedene Personalveränderungen in den hohen Kommandostellen der Luftwaffe.

Neuer Streik in den elsässischen Kaligruben.

Paris, 18. Juni. In den staatlichen elsässischen Kaliwerken und auf dem Kali-Bergwerk St. Therese ist am Donnerstag morgen der Streik von neuem ausgebrochen. Die streikenden Arbeiter halten sämtliche Schächte und auch die Verwaltungsgebäude besetzt.

In Paris ist das Personal des amerikanischen Krankenhauses von Neuilly in den Streik getreten.

Von der Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 18. Juni. Die Sowjetunion, die bisher nur einen Regierungsvertreter beim Internationalen Arbeitsamt hatte, hat dieser Tage den Generalsekretär des Zentralrates der Gewerkschaften, Nikolaus Schwernik, mit einem größeren Stabe von Mitarbeitern als Arbeitervertreter nach Genf entsandt. In der Arbeitergruppe der Konferenz kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber, ob auch in diesem Falle die Grundsätze Anwendung finden sollten, mit denen die Arbeitergruppe bisher die Gültigkeit der Mandate von Arbeitervertretern aus nicht demokratischen Ländern bestritten hat.

Wie man hört, wollen die Vertreter der christlichen Gewerkschaften die Nichtzulassung des Sowjetdelegierten beantragen, weil er ein staatlich bestellter Funktionär und nicht ein frei gewählter Vertrauensmann der Arbeiter sei. Dagegen wollen die Vertreter der Internationale diesmal die Grundsätze verleugnen, die sie in den letzten Jahren in herausfordernder Weise gegenüber den Arbeitervertretern der sogenannten faschistischen Staaten zur Geltung gebracht haben.

Weiterhin hat die internationale Arbeitskonferenz eine von den amerikanischen Regierungsvertretern vorgeschlagene Entschließung über die Gewerkschaftsfreiheit angenommen, worin die neuerdings in den Vereinigten Staaten geltenden Grundsätze vertreten werden. Durch diese Entschließung wird der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes aufgefordert, die Frage zu prüfen, wie die Lohnempfänger bei Ausübung ihres Koalitionsrechtes gegen irgendwelchen Druck geschützt werden sollen, der von Arbeitgeberseite wegen ihrer kollektiven Beteiligung an einer für Einzelpersonen erlaubten Vertretung ihrer Standesinteressen auf sie ausgeübt werden könnte.

Auch die von verschiedenen Arbeitervertretern vorgeschlagene Entschließung, in der dem Völkerbund die Einberufung einer neuen Weltwirtschaftskonferenz als Mittel zur Ausschaltung gewisser Kriegsgefahren empfohlen wird, wurde u. a. auf Befürwortung des schweizerischen Regierungsvertreters Schultheß angenommen.

Die italienisch-albanische Zusammenarbeit.

Rom, 18. Juni. Ueber die italienisch-albanischen Beziehungen hat König Zogu einem Sonderberichterstatter des Giornale d'Italia folgende Unterredung gewährt, in der er zunächst darauf hinwies, daß die unlängst abgeschlossenen Vereinbarungen zwischen Italien und Albanien, den Geist der beiderseitigen Beziehungen bezeugten, die auf dem Interesse beider Staaten an der vollständigen Aufrechterhaltung einer aufrichtigen Freundschaft aufgebaut seien.

„Ich betone bei dieser Gelegenheit“, so sagte der König dann weiter, „daß die neuen Vereinbarungen klar und loyal sind und unterstreiche ihre Klarheit und Aufrichtigkeit, zu denen die Presse einiger Staaten vergeblich Unterstellungen machen wollte, um Mißtrauen zu säen und den Vereinbarungen Absichten zu unterschieben, die in Wirklichkeit auf beiden Seiten bei niemand bestanden haben. Albanien, ein kleiner und militärisch nicht ausgerüsteter Staat, ist für niemand eine Gefahr und kann es auch nicht sein. Im Gegenteil, Albanien will mit allen Staaten in Frieden und in Uebereinstimmung leben.“

Weiter betonte der König Zogu, daß die italienisch-albanische Zusammenarbeit einen unanfechtbaren Charakter der Herzlichkeit und gegenseitiger korrektheit trage. Albanien sei nicht nur ein Balkanstaat, sondern auch ein Adriastaat. Italien werde also Industrieerzeugnisse auch in Zukunft in Albanien einen Markt finden, um landwirtschaftliche Erzeugnisse zu kaufen und industrielle Erzeugnisse zu verkaufen. Auch werde Albanien nicht vergessen, daß Italien ihm immer edelmütig zur Seite gestanden sei, um es in seinen Bemühungen zum Wiederaufstieg zu unterstützen.

Neue Streiks in Spanien.

Madrid, 18. Juni. In Barcelona ist am Donnerstag der größte Teil der Arbeiter und Angestellten des Handels in den Ausstand getreten. Die Geschäfte sind bis auf die Apotheken geschlossen. Auf dem Großmarkt wird lediglich Fleisch, Fisch, Gemüse und Obst verabfolgt. An einigen Stellen der Stadt kam es zu kleineren Zwischenfällen. Die Polizei führt einen umfangreichen Sicherheitsdienst durch.

In Cadiz erklärten die marxistischen Arbeitergewerkschaften unerwartet den Generalstreik, da der seit einigen Wochen andauernde Fischerstreik, von dem viele tausend Familien betroffen werden, noch immer keine Lösung gefunden habe. Da der Generalstreik nicht in der vorgeschriebenen Zeit den Behörden angekündigt worden war, ist er vom Gouverneur für ungesetzlich erklärt worden. Der Verkehr ruht vollständig. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung erfolgt durch das Militär.

Verantwortlich: Kurt Schwerdtfeger, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.